

## Aktuelles III/2022

	Rz.		Rz.
A. Gesetze: Gesetzentwurf zum Jahressteuergesetz 2022 (vollständiger Sonderausgabenabzug für Altersvorsorgeaufwendungen ab 2023) .....	1	D. BMF-Schreiben und Sonstiges	
B. BFH-Rechtsprechung: Einkünftezurechnung bei sog. doppelter Treuhand (BFH v. 4.5.2022 – I R 19/18) .....	2	I. BMF-Schreiben: Zulässigkeit fondsgebundener Rückdeckungsversicherungen zur Absicherung von Unterstützungskassenverpflichtungen nach § 4d EStG (BMF v. 31.8.2022) ...	6
C. FG-Rechtsprechung: verdeckte Gewinnausschüttung bei Pensionszusagen an sozialversicherungspflichtig beschäftigte Minderheitsgesellschaften wegen Überversorgung (FG Nürnberg v. 20.4.2021 – I K 186/19) ..	4	II. IDW: Anregung einer kurzfristigen Änderung der handelsrechtlichen Abzinsungsvorschriften für Pensionsrückstellungen .....	8

### A. Gesetze: Gesetzentwurf zum Jahressteuergesetz 2022 (vollständiger Sonderausgabenabzug für Altersvorsorgeaufwendungen ab 2023)

Nach dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Jahressteuergesetz 2022 (JStG 2022) wird **§ 10 Abs. 3 Satz 6 EStG** wie folgt gefasst: „Der Prozentsatz in Satz 4 erhöht sich in den folgenden Kalenderjahren bis zum Kalenderjahr 2022 um je 2 Prozentpunkte je Kalenderjahr; ab dem Kalenderjahr 2023 beträgt er 100 Prozent.“

Mit der Neuregelung wird eine im **Koalitionsvertrag** für die 20. Legislaturperiode zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Freien Demokratischen Partei (FDP) vereinbarte Maßnahme umgesetzt (s. Aktuelles I/2022 Rz. 1), die den vollständigen Abzug von Altersvorsorgeaufwendungen iSd. § 10 Abs. 1 Nr. 2 EStG als Sonderausgaben bereits ab dem Jahr 2023 vorsieht.

Die mit dem Alterseinkünftegesetz im Jahr 2005 begonnene Umstellung der Besteuerung von Renten aus der Basisversorgung auf die nachgelagerte Besteuerung sieht u.a. eine kontinuierlich ansteigende Steuerfreistellung von Altersvorsorgeaufwendungen iSd. § 10 Abs. 1 Nr. 2 EStG vor. Bisher ist gesetzlich vorgesehen, dass diese Altersvorsorgeaufwendungen bis zu dem Höchst-

beitrag zur knappschaftlichen Rentenversicherung (§ 10 Abs. 3 EStG) erstmals im Jahr 2025 zu 100 Prozent als Sonderausgaben berücksichtigt werden können.

Mit der Gesetzesänderung wird der vollständige Sonderausgabenabzug auf das Jahr 2023 vorgezogen. Damit erhöhen sich die als Sonderausgaben abzugsfähigen Altersvorsorgeaufwendungen iSd. § 10 Abs. 1 Nr. 2 EStG im Jahr 2023 um 4 Prozentpunkte und im Jahr 2024 um 2 Prozentpunkte. Das führt für alle Bürgerinnen und Bürger mit entsprechenden Altersvorsorgeaufwendungen in den Jahren 2023 und 2024 zu einer spürbaren Entlastung.

Die Änderung ist zudem vor dem Hintergrund der grundlegenden **Urteile des Bundesfinanzhofs vom 19.5.2021<sup>1</sup>** erforderlich, da mit dieser Maßnahme in einem ersten Schritt dazu beigetragen werden kann, auf langfristige Sicht eine „doppelte Besteuerung“ von Renten aus der Basisversorgung zu vermeiden.

Die Änderung des § 10 Abs. 3 Satz 6 EStG ist nach der allgemeinen Anwendungsregelung in § 52 Abs. 1 EStG in der am 1.1.2023 geltenden Fassung **erstmalig für den Veranlagungszeitraum 2023** anzuwenden.

Die Umsetzung im Lohnsteuerabzugsverfahren erfolgt über die Aufhebung von § 39b Abs. 4 EStG.

## **B. BFH-Rechtsprechung: Einkünftezurechnung bei sog. doppelten Treuhand (BFH v. 4.5.2022 – I R 19/18)**

- 2 Im entschiedenen Fall hat sich der I. Senat mit der Frage befasst, ob im Rahmen von **CTA-Gestaltungen** bei der **sog. doppelten Treuhand** (auch) **nach Eintritt des Sicherungsfalls** ein steuerrechtlich anzuerkennendes Treuhandverhältnis iSd. § 39 Abs. 2 Nr. 1 Satz 2 AO vorliegen kann.<sup>2</sup>

Im zugrunde liegenden Sachverhalt hatte der Kläger und Revisionskläger (Pensionstreuhand, Treuhänder), ein **eingetragener Verein** (e.V.), gem. § 2 Nr. 1 seiner Satzung den Zweck, „*das ihm zu treuen Händen übertragene Treuhandvermögen der ... AG und deutscher ... Konzerngesellschaften ... zu halten und zu verwalten*“. Das **Treuhandvermögen** wird in der Satzung als der Teil des Vermögens der Unternehmen definiert, der jeweils **zur Sicherung der Pensionsverpflichtungen** der Unternehmen gegenüber ihren versorgungsberechtigten Personen, insbesondere Mitarbeitern und deren Hinterbliebenen aus Pensionszusagen, dient und dem Verein zu diesem Zweck

---

<sup>1</sup> BFH v. 19.5.2021 – X R 20/19, BFH/NV 2021, 980 und BFH v. 19.5.2021 – X R 33/19, BFH/NV 2021, 992.

<sup>2</sup> BFH v. 4.5.2022 – I R 19/18, <https://www.bundesfinanzhof.de/de/entscheidung/entscheidungen-online/detail/STRE202210168>; vorgehend FG Düsseldorf v. 15.5.2018 – 6 K 357/15 K, EFG 2018, 1474.

## 2. Pensionsverpflichtung

	Rz.		Rz.
<b>A. Allgemeines</b>			
<b>I. Begriff der Pensionsverpflichtung</b>			
1. Wesen der Pensionsverpflichtung		i) Beiträge zur gesetzlichen Insolvenzversicherung sowie Verwaltungskosten .....	82
a) Begriffsbestimmung		<b>II. Entwicklung .....</b>	86
aa) Entwicklung .....	1	<b>B. Steuerliche Behandlung beim Arbeitgeber</b>	
bb) Leistungsspektrum	2a	<b>I. Bildung von Pensionsrückstellungen nach § 6a EStG</b>	
cc) Pensionsverpflichtung .....	4	1. Aufbau und Entwicklung der Norm	
dd) Altersversorgung		a) Aufbau .....	110
(1) Vorbemerkung ....	9	b) Entwicklung	
(2) Altersgrenze .....	11	aa) Bilanzielle Grundlagen .....	111
(3) Invaliden- und Hinterbliebenenleistungen .....	12	bb) Bildung von Pensionsrückstellungen nach der Rechtsprechung des RFH .....	116
b) Besondere Merkmale .....	13	cc) Gesetzliche Regelung	
2. Abgrenzung von sonstigen Arbeitgeberleistungen		(1) Gegenwartswertprinzip .....	121
a) Vorbemerkung .....	21	(2) Teilwertprinzip/Barwertverfahren .	131
b) Kaufpreis- bzw. Veräußerungsrenten	24	(3) § 6a EStG als lex specialis .....	146
c) Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Krankheitsbeihilfen für Pensionäre, Zuschüsse zur Krankenversicherung für Pensionäre .....	25	(4) DMBilG – Betriebliche Altersversorgung in den fünf neuen Bundesländern .....	161
d) Jubiläumszuwendungen und Treuprämien .....	26	(5) Sonderregelungen beim Wechsel des Versorgungsschuldners .....	169
e) Überbrückungsgelder .....	46		
f) Übergangsgelder, insbesondere Vorruhestandsleistungen .....	61		
g) Altersteilzeit .....	71		
h) Zeitwertkonten .....	81		

	Rz.		Rz.
2. Finanzierungseffekt bei der Bildung von Pensionsrückstellungen		bb) Pensionsberechtigter	
a) Minderung gewinnabhängiger Auszahlung und Steuerverlagerung .....	171	(1) Begriff .....	261
b) Keine Eigenkapitalbildung .....	181	(2) Arbeitnehmer/Angehörige .....	276
3. Entstehung der Pensionsverpflichtung – Pensionszusage		(3) Arbeitnehmerähnliche Personen .....	286
a) Vorbemerkung .....	186	(4) Selbstständig tätige Personen .....	291
b) Einzelzusage .....	191	b) Steuerliche Sonder Voraussetzungen für die Bildung einer Pensionsrückstellung .....	295
c) Gesamtzusage – Pensionsordnung ...	201	c) Rechtsanspruch auf Pensionsleistungen	
d) Betriebsvereinbarung .....	206	aa) Rechtsverbindliche Pensionsverpflichtung .....	296
e) Tarifvertrag, Besoldungsordnung .....	211	bb) Gewinnabhängige Bezüge .....	311
f) Betriebliche Übung, Gleichbehandlungsgrundsatz .....	216	d) Entwicklung der Widerrufsvorbehaltsthematik .....	316
g) Subsidiäre Pensionsverpflichtung ....	221	e) Widerrufsvorbehalte	
h) Laufende oder einmalige Leistungen ..	226	aa) Begriff und Zweck	326
i) Bemessungsgrundlage der Versorgungsleistungen .....	231	bb) Arbeitsrechtliche Wirkung .....	331
j) Versorgungsleistungen aus Gehalts-umwandlungen .....	236	cc) Steuerliche Behandlung	
4. Voraussetzungen für die Bildung einer Pensionsrückstellung		(1) Vorbemerkung ...	341
a) Personenkreis		(2) Steuerschädliche Vorbehalte .....	351
aa) Pensionsverpflichteter		(3) Steuerunschädliche Widerrufsvorbehalte – Muster vorbehalte .....	356
(1) Bilanzierende Unternehmen .....	251	(4) Grenzen – Vorbehalte .....	371
(2) Allgemeine Voraussetzungen .....	253	(5) Sonstige Widerrufsvorbehalte .....	376
(3) Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme .....	258	(6) Übertragungsvorbehalt .....	381
(4) Versorgungsgrenze .....	259	(7) Keine Auswirkung der Widerrufsvorbehalte auf die Höhe der Pensionsrückstellung ...	391

	Rz.		Rz.
f) Leistungsvoraussetzungen .....	401	aa) Rechtslage für vor dem 1.1.1987 beginnende Geschäftsjahre .....	486
g) Schriftform der Pensionszusage		bb) Rechtslage für nach dem 31.12.1986 beginnende Geschäftsjahre .....	496
aa) Zweck der Schriftform .....	406	b) Steuerrechtlich .....	506
bb) Dokumentation der Pensionszusage .....	411	c) Maßgeblichkeit der Handelsbilanz .....	516
cc) Ausschluss der Bildung einer Pensionsrückstellung aufgrund betrieblicher Übung und des Gleichbehandlungsgrundsatzes ..	426	d) Verbot der vorzeitigen Auflösung einer Pensionsrückstellung .....	526
h) Eindeutigkeitsanfordernis/Bestimmtheitsgebot .....	431	e) Saldierungsverbot/Bewertungseinheit ..	531
5. Beginn der Rückstellungsbildung		7. Versicherungsmathematische Berechnung der Pensionsrückstellungen	
a) Vorbemerkung .....	436	a) Vorteil der versicherungsmathematischen Berechnungsmethode .....	536
b) Erstmalige Rückstellungsmöglichkeit vor Eintritt des Versorgungsfalls .....	440	b) Versicherungsmathematische Grundbegriffe	
c) Rückstellungsmöglichkeit nach Eintritt des Versorgungsfalls .....	451	aa) Vorbemerkung ....	541
d) Rückstellungsverbot aufgrund des Alters/Entgeltumwandlungszusagen .....	456	bb) Barwert .....	546
e) Keine versicherungsmathematische Berücksichtigung der Fluktuation bei Bildung der Pensionsrückstellung .....	466	cc) Jahresbeträge .....	551
f) Wartezeit und Vorschaltzeit .....	476	dd) Biometrische Wahrscheinlichkeiten .....	556
6. Passivierung von Pensionsverpflichtungen: Wahlrecht – Pflicht		ee) Fluktuation .....	580
a) Handelsrechtlich		ff) Rechnungszins	
		(1) Bedeutung .....	581
		(2) Entwicklung .....	586
		(3) Ausnahmen .....	596
		(4) Erneute Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit des seit 1982 geltenden Rechnungszinses .....	600
		(5) Auswirkungen der geänderten biometrischen Rechen Grundlagen .....	621

	Rz.		Rz.
c) Pensionsrückstellung im Vergleich zum Deckungskapital einer Versicherungsgesellschaft ....	636	8.1.4.1 Feststehende Erhöhungen des Pensionsanspruchs .....	771
d) Belastungsmäßige Auswirkungen durch die Einführung verschiedener Zusagenkomponenten .....	646	8.1.4.2 Ungewisse Erhöhungen des Pensionsanspruchs ...	801
8. Teilwert der Pensionsverpflichtung .....	666	8.1.4.3 Verminderung des Pensionsanspruchs .....	811
8.1 Teilwert der Pensionsverpflichtung vor Beendigung des Dienstverhältnisses des Pensionsberechtigten		8.1.5 Wartezeiten	
8.1.1 Gesetzliche Definition .....	671	8.1.5.1 Auswirkungen der Berücksichtigung von Wartezeiten .....	816
8.1.2 Wesen des Teilwertprinzips bei der Bildung von Pensionsrückstellungen .....	676	8.1.5.2 Zeit vom Beginn des Dienstverhältnisses bis zur Erteilung der Pensionszusage als Wartezeit .....	826
8.1.3 Beginn des Dienstverhältnisses .....	686	8.1.6 Ende der Rückstellungsbildung	
8.1.3.1 Vordienstzeiten ..	691	8.1.6.1 Vertragliches Pensionsalter .....	831
8.1.3.2 Unterbrechung des Dienstverhältnisses .....	716	8.1.6.2 Späteres Ende der Beschäftigung des Arbeitnehmers .....	841
8.1.3.3 Wechsel des Versorgungsschuldners durch Betriebsübergang ...	723	8.1.6.3 Flexible Altersgrenze .....	846
8.1.3.4 Besonderheiten der Bewertung beim Betriebsübergang .....	727	8.2 Teilwert der Pensionsverpflichtung nach Beendigung des Dienstverhältnisses	
8.1.3.5 Übernahme einer einzelnen Pensionsverpflichtung (Portabilität) ....	746	8.2.1 Eintritt des Versorgungsfalls .....	881
8.1.3.6 Schuldbeitritt .....	764	8.2.2 Beendigung des Dienstverhältnisses unter Aufrechterhaltung der Pensionsanwartschaft .	891
8.1.4 Erhöhung oder Verminderung des Pensionsanspruchs – Stichtagsprinzip		9. Zuführungen zur Pensionsrückstellung	
		9.1 Laufende Zuführungen .....	906

	Rz.		Rz.
9.2 Einmalzuführungen/ Verteilungswahl- rechte .....	921	13.2.3 Maßgebende Ver- sicherungsjahre ...	1056
9.3 Verteilungswahl- recht und -gebot .....	928	13.2.4 Die für die Er- mittlung der Ren- te aus der gesetzli- chen Rentenver- sicherung maß- gebenden Bezüge .	1076
9.4 Nachholverbot .....	936	13.2.5 Korrekturfaktor wegen des 20. und 21. RAG .....	1101
10. Auflösung der Pensions- rückstellung		13.2.6 Anrechnung der Rente aus der ge- setzlichen Renten- versicherung .....	1111
10.1 Auflösung bei Min- derung oder Weg- fall der Pensions- verpflichtung und bei Eintritt des Ver- sorgungsfalls .....	946	13.2.7 Limitierung der Gesamtversorgung	1116
10.2 Auflösungsverbot bei unverändertem Fortbestehen der Pensionsverpflich- tung .....	956	13.2.8 Sonderfälle (Knappschaftsren- ten) .....	1126
10.3 Keine Rückstel- lungsauflösung, so- lange ein Rückstel- lungsfehlbetrag be- steht .....	966	13.3 Modifizierung des Näherungsverfah- rens zur Berück- sichtigung von Ren- ten aus der gesetzli- chen Rentenver- sicherung wegen des RRG 1992 (BMF-Schreiben vom 10.12.1990) ....	1141
11. Pensionsrückstellungen für Pensionsverpflichtun- gen gegenüber Nicht- arbeitnehmern		13.3.1 Steigerungssatz ....	1146
11.1 Anderes Rechtsver- hältnis als ein Dienstverhältnis ....	976	13.3.2 Verbot der grup- penweisen Bestim- mung der Kür- zungsfaktoren für die Limitierung ...	1151
11.2 Handelsvertreter ....	986	13.3.3 Komponentenwei- se Berücksichti- gung der Limitie- rung .....	1156
11.3 Organschaftsver- hältnis .....	991	13.3.4 Knappschaftsver- sicherung .....	1161
11.4 Arbeitnehmer von Berufsverbänden ....	1001	13.3.5 Nettoanpassung ..	1166
12. Bestandsaufnahme .....	1006	13.3.6 Rentenzugangs- faktoren .....	1171
13. Berücksichtigung von Renten aus der gesetzli- chen Rentenversicherung		13.3.7 Zurechnungszeit ..	1176
13.1 Notwendigkeit eines Berechnungsverfah- rens .....	1016		
13.2 Näherungsverfah- ren			
13.2.1 Rechenprinzip- Rentenformel bis 16.12.2006 .....	1036		
13.2.2 Steigerungssatz ....	1041		

	Rz.		Rz.
13.3.8 Rentenformel des Näherungsverfah- rens unter Berück- sichtigung des RRG 1992 .....	1181	13.6 Modifizierung des Näherungsverfah- rens zur Berück- sichtigung von Ren- ten aus der gesetzli- chen Rentenver- sicherung wegen des Gesetzes zur Reform der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und des AVmEG (BMF-Schreiben vom 5.10.2001) .....	1251
13.4 Änderungen des Näherungsverfah- rens durch das WFG (BMF-Schrei- ben vom 31.10.1996) .....	1191	13.6.1 Versicherungszei- ten .....	1256
13.4.1 Steigerungssatz (SSV) .....	1196	13.6.2 Rentenanpassung ..	1261
13.4.2 Zugangsfaktoren für Erwerbsmin- derungsrenten (RZF) .....	1201	13.7 Modifizierung des Näherungsverfah- rens zur Berück- sichtigung von Ren- ten aus der gesetzli- chen Rentenver- sicherung wegen der Erhöhung der BBG durch das Bei- tragssatzsicherungs- gesetz vom 23.12.2002 (BMF- Schreiben vom 10.1.2003) .....	1271
13.4.3 Zugangsfaktoren für Altersrenten (RZF) .....	1206	13.7.1 Steigerungssatz ....	1276
13.5 Modifizierung des Näherungsverfah- rens zur Berück- sichtigung von Ren- ten aus der gesetzli- chen Rentenver- sicherung wegen des RRG 1999 (BMF- Schreiben vom 30.12.1997) .....	1216	13.7.2 Korrekturfaktoren	1281
13.5.1 Steigerungssatz (SSV) .....	1221	13.8 Näherungsformel ab 16.12.2005 .....	1291
13.5.2 Versicherungsjah- re (JSV) .....	1226	13.8.1 Maßgebende Be- züge (ESV) .....	1301
13.5.3 Maßgebende Be- züge (ESV) .....	1231	13.8.2 Maßgebende Ver- sicherungsjahre (JSV) .....	1306
13.5.4 Rentenzugangs- faktoren (RZF) ....	1236	13.8.3 Entgeltpunkte für die Vergangenheit (EPV) .....	1311
13.5.5 Rentenanpas- sungsfaktor (NAF) .....	1241	13.8.4 Entgeltpunkte für die Zukunft (EPZ)	1316



	Rz.		Rz.
13.8.5 Zurechnung bei Versorgungsfällen vor Alter 60 (ZUR) .....	1321	14.2 Abgrenzung Rückdeckungsversicherung/Direktversicherung .....	1401
13.8.6 Rentenzugangsfaktoren (RZF) ....	1326	14.3 Abtretung des Versicherungsanspruchs .....	1421
13.8.7 Besonderheiten bei der Knappschaftsversicherung .....	1331	14.4 Bilanzierung der Rückdeckungsversicherung .....	1431
13.8.8 Der Rentenartfaktor bei Hinterbliebenenrenten .....	1336	14.5 Die Rückdeckungsversicherung bei der Einheitsbewertung .....	1451
13.8.9 Vergleich des Verfahrens vom 16.12.2005 mit dem davor gültigen Verfahren .....	1341	14.6 Sonstige Rückdeckungskonzepte ..	1466
13.9 Modifizierung der Näherungsformeln vom 16.12.2005 durch die BMF-Schreiben vom 15.3.2007 und 5.5.2008 .....	1346	II. Pensionsverpflichtungen und Gewerbesteuer .....	1481
13.9.1 Zurechnung bei Versorgungsfällen vor Alter 60 (ZUR) .....	1351	III. Bewertungsrechtliche Implikationen von Pensionszusagen und Vermögen zu deren Rückdeckung	
13.9.2 Spezialfälle .....	1356	1. Vorbemerkung .....	1501
13.9.2.1 Wechsel zwischen der knappschaftlichen und der allgemeinen Rentenversicherung .....	1361	2. Anwendungsbereich des BewG im Rahmen des ErbStG .....	1502
13.9.2.2 Sozialversicherungsrente in den ostdeutschen Bundesländern .	1366	3. Bewertung von Betriebsvermögen und Anteilen an Kapitalgesellschaften .	1503
13.9.2.3 Befreiung oder Wegfall der Versicherungspflicht	1371	4. Berücksichtigung von Pensionszusagen und Rückdeckungsvermögen im vereinfachten Ertragswertverfahren	
13.9.3 Rentenzugangsfaktoren (RZF) ....	1376	4.1 Vorbemerkung .....	1505
14. Rückdeckung der Pensionsverpflichtung		4.2 Das vereinfachte Ertragswertverfahren .	1506
14.1 Begriff .....	1391	4.3 Die Berücksichtigung von Pensionszusagen und Vermögen zu deren Rückdeckung .....	1507
		5. Berücksichtigung von Pensionszusagen und Rückdeckungsvermögen beim Substanzwert .....	1511

	Rz.		Rz.
C. Die Besteuerung der Pensionszusagen beim Versorgungsempfänger		3.2 Abzug des Versorgungsfreibetrags .....	1676
I. Einkommensteuer (Lohnsteuer) .....	1631	4. Kapitaleistungen	
1. Pensionszusage/Anwartschafts- und Leistungsphase		4.1 Pensionszusage auf Kapitaleistung .....	1687
1.1 Bildung von Pensionsrückstellungen/Keine Steuerpflicht beim Arbeitnehmer .	1636	4.2 Kapitalisierung laufender Pensionsleistungen .....	1701
1.2 Pensionsleistungen einkommensteuer (lohnsteuer-)pflichtig	1651	5. Selbstständig tätige Pensionsberechtigte .....	1706
2. Scheidungsfolgen/Versorgungsausgleich .....	1659	6. Verfassungsmäßigkeit der unterschiedlichen Pensionsbesteuerung und Rentenbesteuerung .....	1711
3. Abzüge/Freibeträge		II. Vermögensteuer .....	1721
3.1 Versorgungsbezüge, Versorgungsfreibetrag, Werbungskosten .....	1666	III. Erbschaftsteuer .....	1726
		IV. Leistungen durch den PSVaG .....	1741

**Literatur:** *Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung (aba)*, Handbuch der betrieblichen Altersversorgung (H-BetrAV), Teil I, Loseblattwerk; *Ahrend*, Jahrbuch der Fachanwälte für Steuerrecht (JbFfSt) 1982/1983; *Ahrend/Förster/Rößler*, Effizienzgewinne bei gleichzeitiger Kostenreduktion in der betrieblichen Altersversorgung – Beitragsorientierte Direktzusagen im Leistungssystem und Gestaltungsformenvergleich, BB 1995 Beil. 10; *Ahrend/Heger*, Neustrukturierung der (betrieblichen) Altersversorgung – aus der Sicht des Unternehmens, DStZ 1995, 485; *Anzinger/Schleiter*, Die Ausübung steuerlicher Wahlrechte nach dem BilMoG – eine Rückbesinnung auf den Maßgeblichkeitsgrundsatz, DStR 2010, 395; *Bayreuther*, Freiwilligkeitsvorbehalte: Zulässig, aber überflüssig?, BB 2009, 102; *Beck*, Abfindung für Pensionszusagen, DStR 2005, 2062; *Bleistein/Söffing*, Die Neuregelung der betrieblichen Altersversorgung, 1976; *Blomeyer/Rolfs/Otto*, Betriebsrentengesetz, 8. Aufl. 2022; *Brandis/Heuermann*, Ertragsteuerrecht, Kommentar, Loseblattwerk; *Brassat*, Besteuerung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung, 2011; *Briese*, Verfassungswidrigkeit des Rechnungszinssatzes von 6 % für steuerbilanzielle Pensionsrückstellungen?, DStR 2018, 1248; *Briese*, Aktuelles zur steuerlichen Behandlung von Pensionszusagen, StuB 2008, 857; *Briese*, Arbeitgeber-Förderbetrag bei der betrieblichen Altersversorgung, DStR 2019, 2510; *Briese*, Steuerliche Anerkennung von Versorgungszusagen mit garantierten Dynamiken, BetrAV 2021, 399; *Christiansen/Riemer*, Versicherung für fremde Rechnung, StBp 1984, 169; *Cisch/Bleeck*, Rechtsprechung des BAG zur betrieblichen Altersversorgung in den Jahren 2008/2009, BB 2009, 1070; *Cisch/Ulbrich*, Flexi-Gesetz II: Licht und Schatten, BB 2009, 550; *Conrads/Fodor*, Diskriminierung der Direktzusage: Dringlicher Handlungsbedarf bereits seit vielen Jahren, BetrAV 2019, 694; *Dinter*, Rückstellungsfähigkeit zukünftiger

**ff) Rechnungszins****(1) Bedeutung**

Bei der Berechnung des Barwerts der künftigen Pensionsleistungen und des Barwerts der Jahresbeträge (künftige Nettoprämien) sind diese abzuzinsen (vgl. Rz. 546). Die **Höhe** des Rechnungszinses hat entscheidenden **Einfluss** auf die Höhe der errechneten Pensionsrückstellungen. Der Einfluss ist umso größer, je länger der innerhalb der Pensionsverpflichtung bewertete Zeitraum ist. Eine errechnete Pensionsrückstellung ist umso kleiner, je größer der gewählte Rechnungszins ist. 581

Die relative **Abweichung bei der Wahl** unterschiedlicher Rechnungszinssätze ist darum bei jüngeren Pensionsanwärtern größer als bei älteren Pensionsanwärtern und im Allgemeinen bei Anwärtern größer als bei laufenden Renten. 582

Bei einer **Personengesamtheit**, die sich regelmäßig aus Pensionsanwartschaften und laufenden Pensionen zusammensetzt, ist die Höhe der Abweichung bei der Wahl unterschiedlicher Rechnungszinssätze von der Zusammensetzung des Personenbestands abhängig. Dabei darf die Tatsache, dass die Abweichung bei den jungen Anwärtern relativ am größten ist, nicht überbewertet werden, da dieser Personenkreis im Allgemeinen mit den absolut niedrigsten Pensionsrückstellungen zu Buche steht. 583

frei

584–585

**(2) Entwicklung**

Für die versicherungsmathematische Berechnung der Pensionsrückstellungen war zunächst ein **Mindestrechnungszins** von 3,5 % festgelegt (§ 6a EStG 1955). Durch das Steueränderungsgesetz 1960 wurde dieser Mindestrechnungszins von 3,5 auf 5,5 % erhöht. Diese **Erhöhung** galt erstmals für Bilanzstichtage nach dem 15.12.1960. Eine weitere Heraufsetzung des Rechnungszinses erfolgte durch das 2. HStruktG<sup>442</sup>; durch Art. 26 wurde der letzte Satz in § 6a Abs. 3 EStG dahingehend geändert, dass statt eines Zinssatzes von 5,5 % ein solcher von 6 % anzuwenden ist. 586

§ 6a EStG i.d.F. vor dem BetrAVG legte lediglich einen Mindestrechnungszins fest. Es war also jederzeit möglich, die Pensionsrückstellungen auch mit einem höheren Zinssatz zu errechnen und durch den Ansatz der daraus resultierenden niedrigeren Pensionsrückstellungen auf die volle Ausschöpfung der ertragsteuerlichen Möglichkeiten zu verzichten. 587

<sup>442</sup> 2. Haushaltsstrukturgesetz v. 22.12.1981, BGBl. I 1981, 1523.

§ 6a EStG **i.d.F. des BetrAVG** legt nicht mehr einen Mindestrechnungszins<sup>443</sup>, sondern einen **obligatorischen Rechnungszins** fest. Das ist in erster Linie darin begründet, dass man sich bei der Errechnung der Abfindung für unverfallbare Anwartschaften (§ 3 Abs. 2 BetrAVG) auf die gleichen Rechenvorschriften und den gleichen Rechnungszins bezieht. Die Wahl eines höheren Rechnungszinses würde aber zu geringeren Abfindungsbeträgen führen.

588 Die Festlegung eines einheitlichen Rechnungszinses ist auch darum notwendig, weil der **PSVaG** seine Beiträge auf Basis der Teilwerte der unverfallbaren Anwartschaften und der laufenden Renten bemisst. Die Wahl eines höheren Rechnungszinses würde hier zu geringeren Beitragszahlungen führen.

589 Eine rechentechnische Berücksichtigung der vorprogrammierten Erhöhungen bei bezügeabhängigen Zusagen und der notwendigen Anpassungen aufgrund von § 16 BetrAVG würde den Ansatz eines niedrigeren Rechnungszinses notwendig machen. Nach R 6a Abs. 19 EStR 2012 können solche **Erhöhungen nicht berücksichtigt** werden, da am Bilanzstichtag weder ihr Ausmaß noch der Zeitpunkt ihres Eintritts feststehen. Insbesondere auch in diesem Zusammenhang hat die Heraufsetzung des Zinssatzes von 5,5 auf 6 % erhebliche Kritik gefunden. Der Rechnungszins von 6 % gilt für Wirtschaftsjahre, die nach dem 31.12.1981 enden, i.d.R. also ab Bilanzstichtag 31.12.1982.

590–595 frei

### (3) Ausnahmen

596 Bezüglich des Rechnungszinses bestand nach In-Kraft-Treten des BetrAVG lediglich für **Berlin** eine Ausnahme. Nach dem BerlinFG<sup>444</sup> durfte die Pensionsrückstellung mit einem Rechnungszins von 3,5 % gerechnet werden, wenn der Versorgungsberechtigte im laufenden Wirtschaftsjahr bzw. im letzten Jahr vor seinem Ausscheiden aus dem Unternehmen mindestens acht Monate in einer in Berlin (West) gelegenen Betriebsstätte beschäftigt war. Im Zusammenhang mit der Änderung des Rechnungszinses durch das 2. HStruktG galt für Wirtschaftsjahre, die nach dem 31.12.1981 endeten, für Berlin (West) ein Zinssatz von 4 % anstelle von 3,5 %.

597 Diese reine Berlinförderung wurde durch das **Steuerreformgesetz 1990** reduziert, indem für Wirtschaftsjahre, die – gem. § 31 Abs. 3 BerlinFG – nach dem 31.12.1989 enden, ein Rechnungszins von mindestens 5 % anzuwenden ist. Um zu vermeiden, dass sich die Erhöhung des Rechnungszinses im Wirtschaftsjahr der Änderung voll auswirkt, wurde auch diesmal wieder – analog dem Vorgehen bei der Zinsfußerhöhung im Rahmen des 2. HStruktG vom

---

443 Insoweit ist die Gesetzesbegründung zum BetrAVG, BT-Drucks. 7/1281, 40, unzutreffend: „Wie bisher ... ein Rechnungszins von mindestens 5,5 v.H. ...“.

444 Berlinförderungsgesetz v. 22.12.1978, BGBl. I 1979, 1.

22.12.1981<sup>445</sup> – eine **Übergangsregelung**, und zwar in § 31 Abs. 3 BerlinFG, angeboten, die mit § 52 Abs. 5 EStG (vgl. Rz. 154) identisch ist. Danach war für den Schluss des letzten vor dem 1.1.1990 endenden Wirtschaftsjahres die Rückstellung zusätzlich mit einem Rechnungszins von 5 % zu errechnen. Überstieg die zu diesem Zeitpunkt passivierte Rückstellung den auf Basis von 5 % errechneten Teilwert, konnte in Höhe der Differenz eine den steuerlichen Gewinn mindernde Rücklage gebildet werden. Diese Rücklage musste für jede einzelne Pensionsverpflichtung getrennt ermittelt, aber nur in der Summe vorgetragen werden. Sie ist im Übergangsjahr und den folgenden elf Wirtschaftsjahren mit mindestens je 1/12 gewinnerhöhend aufzulösen. Eine nach § 31 Abs. 9 BerlinFG i.d.F. des 2. HStruktG gebildete Rücklage wird von dieser Vorschrift nicht beeinträchtigt. Beide Übergangsregelungen wurden durch das **Steueränderungsgesetz 1991** geändert (s.u.).

Durch den **Beitritt der fünf neuen Bundesländer** ist zugleich auch die Sondersituation von Berlin (West) weggefallen und damit die Grundlage des BerlinFG verändert worden. Durch das Steueränderungsgesetz 1991 wurde diesem Umstand insoweit Rechnung getragen, als für die Betriebe in Berlin (West) § 13a BerlinFG nur noch für Wirtschaftsjahre bis zum 1.7.1991 Anwendung findet. Danach fällt diese Vorschrift weg. Im Rahmen einer Übergangsregelung ist in § 31 BerlinFG vorgesehen, dass eine steuerfreie Rücklage in Höhe der Differenz zwischen der Rückstellung zum Schluss des letzten vor dem 1.7.1991 endenden Wirtschaftsjahres und der mit einem Rechnungszins von 6 % berechneten Sollrückstellung zum gleichen Stichtag gebildet werden kann; die Rücklage ist gleichmäßig über drei Jahre aufzulösen, das erste Drittel in der Bilanz des ersten nach dem 30.6.1991 endenden Wirtschaftsjahres.

Die **steuerfreien Rücklagen auf Basis der beiden vorangegangenen Zinsfußerhöhungen** – durch das 2. HStruktG vom 22.12.1981 von 3,5 auf 4 % sowie durch das Steuerreformgesetz 1990 vom 25.7.1988 von 4 auf 5 % – sind ebenfalls in den drei nach dem 30.6.1991 endenden Wirtschaftsjahren gleichmäßig zu je einem Drittel gewinnerhöhend **aufzulösen**. Nach Ablauf dieser Übergangsfrist ist dann für Pensionsrückstellungen in der Bundesrepublik einheitlich ein Rechnungszinssatz von 6 % zugrunde zu legen.

#### (4) Erneute Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit des seit 1982 geltenden Rechnungszinses

Gegen den für Wirtschaftsjahre, die nach dem 31.12.1981 enden, unverändert geltenden Rechnungszins in Höhe von 6 % wurde bereits bei seiner Einführung (Erhöhung von 5,5 % auf 6 % durch das 2. HStruktG 1981) Verfassungs-

<sup>445</sup> 2. Haushaltsstrukturgesetz v. 22.12.1981, BStBl. I 1982, 235.

beschwerde eingelegt. Das BVerfG<sup>446</sup> hat in diesem Kontext festgestellt, dass die Anhebung des Rechnungszinses als mit dem Grundgesetz vereinbar sei.

Auf der Basis eines völlig veränderten Kapitalmarktumfeldes („Niedrigzinsphase“) gelangt das FG Köln<sup>447</sup> zur Überzeugung, dass die im Rahmen einer bei ihm anhängigen Klage für die Entscheidung des Klageverfahrens maßgebliche Vorschrift des § 6a Abs. 3 Satz 3 EStG in der im Streitjahr 2015 geltenden Fassung insoweit verfassungswidrig ist, als sie einen Rechnungszinsfuß von 6 % anordnet. Das FG Köln hat deshalb das Verfahren ausgesetzt, um eine Entscheidung des BVerfG<sup>448</sup> einzuholen.

Das BVerfG hatte bereits in seiner Entscheidung v. 28.11.1984 ausgeführt: „Sollten sich in Zukunft die wirtschaftlichen Verhältnisse so einschneidend ändern, daß die Grundlage der gesetzgeberischen Entscheidung durch neue, im Zeitpunkt des Gesetzeserlasses noch nicht abzusehende Entwicklungen entscheidend in Frage gestellt wird, dann kann der Gesetzgeber von Verfassungen wegen gehalten sein zu überprüfen, ob die ursprüngliche Entscheidung auch unter den veränderten Umständen aufrechtzuerhalten ist ...“. Die anhaltende Niedrigzinsphase stellt m.E. eine solche einschneidende, nicht absehbare Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse dar, so dass die 6 % zwischenzeitlich in die Verfassungswidrigkeit hineingewachsen sein sollten.<sup>449</sup>

- 601 Die nachfolgende **Grafik 1**<sup>450</sup> zeigt den Rückstellungsverlauf für unterschiedliche Zinssätze (5 %, 5,5 % und 6 %) für eine Festrenten-Zusage für einen Mann (Alters- und Invaliditätsrente): € 10.000 p.a.; Witwenrente: 60 %; Wartezeit: 5 Jahre; Eintrittsalter x0: 30; Endalter: 63; Heubeck RT 2018 G.

---

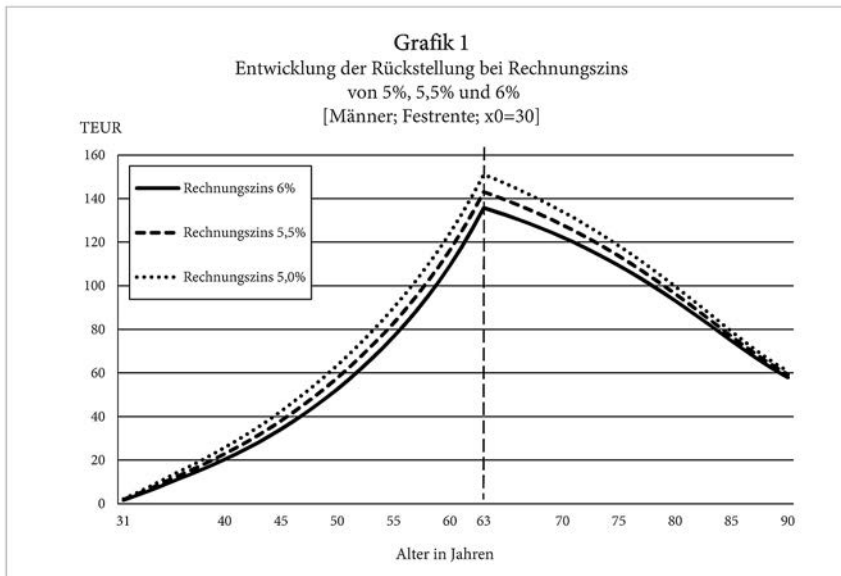
446 BVerfG v. 28.11.1984 – 1 BvR 1157/82, BStBl. II 1985, 181.

447 FG Köln v. 12.10.2017 – 10 K 977/17, EFG 2018, 287.

448 Verfahren ist beim BVerfG anhängig (Az. 2 BvL 22/17).

449 Zu einer umfassenden Darstellung des Schrifttums vgl. *Dommermuth* in HHR, § 6a EStG Rz. 3 (Juni 2022); *Höfer/Veit/Verhuvén*, Kap. 2 Rz. 511.1 ff.

450 Der Verfasser dankt *Robert Florescu*, AIA, Aktuar DAV für die nachfolgenden Berechnungen sowie die Erstellung der Tabellen und Grafiken.



Bis zum Alter 66 ist die Rückstellung, die mit einem Rechnungszins von 6 % ermittelt wurde, mindestens 10 % geringer als die mit einem 5%igen Rechnungszins ermittelte Rückstellung. Je länger die Laufzeit, desto größer ist der Einfluss des Rechnungszinses. So liegt der Unterschied der beiden Rückstellungen im Alter 31 sogar bei 24 %.

frei

602–620

### (5) Auswirkungen der geänderten biometrischen Rechengrundlagen

Bei den **verwendeten Rechengrundlagen** „Richttafeln 1998 von Prof. Klaus Heubeck“ handelt es sich um eine sog. **Periodentafel**, bei den „Richttafeln 2005 G von Prof. Klaus Heubeck“ sowie bei den „Heubeck-Richttafeln 2018 G“ um sog. **Generationentafeln**. 621

Der Unterschied zwischen Perioden- und Generationentafeln besteht in der Berücksichtigung der künftig zu erwartenden Veränderungen.<sup>451</sup> Im **Unterschied zu Generationentafeln**, bei denen die säkularen Sterblichkeitsverbesserungen, soweit sie zum Zeitpunkt der Tafelerstellung aus der Vergangenheit in die Zukunft projizierbar sind, eingerechnet werden, stellen die Periodentafeln auf einen bestimmten Buchrechnungszeitraum ab, wobei allerdings zu erwartende Veränderungen für einen gewissen Zeitraum (ca. 15 Jahre) Eingang finden. 622

<sup>451</sup> Heubeck, BetrAV 2005, 722.